

94.083

Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas

Coopération avec les Etats d'Europe de l'Est

Botschaft und Beschlussentwurf
vom 19. September 1994 (BBl V 553)
Message et projet d'arrêté
du 19 septembre 1994 (FF V 537)

Beschluss des Ständerates vom 1. Dezember 1994
Décision du Conseil des Etats du 1er décembre 1994

Kategorie II/III, Art. 68 GRN – Catégorie II/III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Bäumlin Ursula (S, BE), Berichterstatterin: Über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas debattieren wir hier heute zum vierten Mal in fünf Jahren. Es ist im Rückblick interessant festzustellen, dass diese Debatten immer konkreter wurden. Sie begannen mit viel Eifer und Goodwill, mit einigen Illusionen und zugegebenermassen auch mit Schlagworten – wie demjenigen des «Ost-Marshallplans» –, welche die ersten beiden Rahmenkredite von immerhin 1,05 Milliarden Franken begründen und legitimieren sollten. Damit soll nichts gegen die entsprechenden Botschaften gesagt sein, die in den Debatten jeweils eine gute Aufnahme gefunden haben.

Die zweite Erweiterung des Rahmenkredites und die damit verbundene dritte Debatte über die Zusammenarbeit mit Ost- und Mitteleuropa stiessen dann auf viel mehr Skepsis und provozierten sogar Nichteintretens- und Rückweisungsanträge mit verschiedenen Vorwürfen und Bedenken, wie etwa Bedenken bezüglich der Ausdehnung der Hilfe in geographischer Hinsicht und Bedenken bezüglich der Finanzlage des Bundes.

Die Notwendigkeit einer wohlgedachten Konzeption und auch einer angemessenen gesetzlichen Grundlage zeigte sich immer deutlicher. Kurz vor dieser Debatte hatte die CVP-Fraktion ein Postulat zur Sache eingereicht. Die Beantwortung dieses Postulates durch den Bundesrat konnte damals die Gemüter beruhigen.

Was also lange währt – wird es nun mit dem vorliegenden Beschlussentwurf endlich gut? Er stellt eine Rahmengesetzgebung dar, in welche nicht sehr viel an detaillierter Regelung zur Praxis und zu den nötigen Instrumenten eingepackt werden konnte. Diese Tatsache bestimmte die Diskussion in der Kommission sehr stark. Einerseits wurde gesagt, über die Osteuropahilfe seien nun eigentlich genug Worte verloren worden, andererseits entspann sich dann doch eine zum Teil sehr grundsätzliche Debatte mit vielen Äusserungen zuhanden der gesetzgeberischen Materialien. Ich denke, es sei angemessen, dieser Behandlung in der Kommission eine gute Note zu geben.

Zudem – um diese Behandlung ja nicht in einer abgehobenen diplomatischen, aussenpolitischen Sphäre zu belassen – gibt es jetzt hier im Rat auch noch eine organisierte Eintretensdebatte. Bundesrat, Verwaltung und Kommission wollen mit offenen Karten spielen. Die beiden Kommissionssprecherinnen werden also bei dieser Eintretensdebatte gut zuhören und eventuell auftauchende neue Aspekte am Schluss zu würdigen versuchen.

In der Kommission wurde weder das Eintreten bestritten noch eine Rückweisung beantragt. Aber es zeigten sich einige neuralgische Punkte in der Materie, wenn ich sie so bezeichnen darf.

Als solche neuralgische Punkte wurden erstens etwa die Koordination und die Kohärenz in der Osteuropazusammenarbeit

bezeichnet. Man kann nun die beiden Begriffe auseinanderdividieren und die Koordination der Verwaltungsarbeit, die Kohärenz der gesamten Zusammenarbeit mit benachteiligten Weltregionen zuteilen. Man kann die beiden Begriffe aber auch zusammennehmen und die Koordination der Zusammenarbeit einer kohärenten Gesamtaussenpolitik unterordnen. Wir werden bei der Detailberatung auf diese komplexen Fragen wohl noch näher eingehen.

Zweiter neuralgischer Punkt ist der Zeitrahmen oder der Zeitfaktor in der Osteuropazusammenarbeit: Die Befristung dieses Bundesbeschlusses auf zehn Jahre wird mit dem einmal beendeten Hilfscharakter dieser Zusammenarbeit begründet. Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten kann aber auch als solidarische Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit auf immer aufgefasst werden. Natürlich ist es möglich, falls nötig, in Artikel 18 des Beschlussentwurfes diese zehn Jahre zu verlängern, aber der Hilfscharakter dieser Zusammenarbeit ist eine die Gleichberechtigung der Partner beeinträchtigende «Figur» im Entwurf zu einem Bundesbeschluss über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas. Es stellt sich schon die Frage, ob wir das wollen.

Dritter neuralgischer Punkt: Die Geographie Europas und der sogenannte Transformationsprozess: Wie weit reicht Europa? Wir haben in der Kommission wieder einmal darüber diskutiert. Reicht Europa bis Wladiwostok inklusive Zentralasien, oder gibt es da Abgrenzungen, die weiter westlich liegen? Zum Transformationsprozess prägte ein Kommissionsmitglied die Aussage, es handle sich dabei um einen Prozess, um einen Vorgang, um einen Übergang vom kalten Krieg zum kalten Frieden. Auch dieser neuralgische Punkt wurde in der Debatte angesprochen und schwingt im Beschlussentwurf irgendwie mit.

Der vierte neuralgische Punkt betrifft die Effizienz oder den Effekt des Einsatzes der gesprochenen Mittel: Wann soll das wer kontrollieren? Soll das bei der Evaluation von Einzelprojekten oder bei der abschliessenden Gesamtevaluation kontrolliert werden? Daraus folgen weitere schwierige Fragen.

Ein Beispiel für solche heiklen Fragen bilden die Projektauswahlkriterien und die Schwerpunktsetzung, die eine sehr offene Information über die Osteuropazusammenarbeit in jeder Hinsicht verlangen. Wir haben versucht, das in den Entwurf zu integrieren.

Die Aktualität liess die Menschenrechtsproblematik zu einem ganz wichtigen Diskussionspunkt mit Folgen für die Gesetzgebung werden. Unsere Kommission hat darauf eine sogenannte Tschetschenien-Klausel eingebaut. Das ist Artikel 3a. Wir werden darüber noch diskutieren, besonders deswegen, weil ein noch weiter gehender Einzelantrag vorgelegt worden ist.

Ökonomische Probleme und Finanzprobleme der Vorlage: Wir haben diese Probleme auch diskutiert. Wie verhalten sich die neuen Weltwirtschaftsordnungen wie das Gatt und regionale Handels- und Wirtschaftsabkommen zu unserer Osteuropahilfe oder Osteuropazusammenarbeit? Welches sind die besten Finanzierungsverfahren – Delkreder, Schuldenerlassoperationen, Lokalfinanzierungsvorgänge usw.? Können wir uns die Osteuropahilfe oder Osteuropazusammenarbeit bei unseren roten Bundesfinanzzahlen noch leisten? Könnte in diesem Zusammenhang vielleicht sogar von irgendwoher das fakultative Referendum drohen? Das ist die innenpolitische Kehrseite dieser aussenpolitischen Vorlage.

In der Kommission wurde dazu lockere Zuversicht geäussert. Ich wollte hier kurz dokumentieren, dass wir die Vorlage sehr seriös durchdiskutiert haben. Auch die angetönte finanzielle Seite dieses allgemeinverbindlichen Bundesbeschlusses mit seinen ideell gehaltvollen Artikeln wurde also nicht aus den Augen verloren.

Bei den Beratungen der Kommission nahmen denn auch beide zuständigen Departemente und ihre Spitzen, die Bundesräte Delamuraz und Cotti, teil. Zudem sind wir hier im Nationalrat Zweitrat und haben den Beschluss des Ständerates mit einigen wenigen Zusätzen und Abänderungen übernommen.

Auf die in unserer Kommission hinzugekommenen Anträge werden wir in der Detailbehandlung näher eingehen.

Aubry Geneviève (R, BE), rapporteur: Nous vous proposons aujourd'hui un arrêté concernant la coopération avec les Etats d'Europe de l'Est. Il a pour but de créer la base légale sur laquelle viendront s'appuyer les mesures de coopération en faveur des pays de l'Europe de l'Est, appelés Peco.

Nous avons déjà eu l'occasion, dans ce Conseil, de voter trois crédits: en mars 1990, en janvier 1992, puis en 1993, soit au total 1,65 milliard de francs. Ils ont été votés par les Chambres sous forme d'arrêtés fédéraux simples, non soumis au référendum. Que ces sommes aient été une aide financière, une coopération technique ou encore une forme d'aide au bon voisinage, elles se sont avérées indispensables autant qu'utiles. Nous n'y reviendrons donc pas.

Si nous voulons permettre aux Peco et aux pays de la CEI d'introduire petit à petit un régime démocratique, nous devons étendre notre coopération sur plusieurs années, et non pas, comme cela a été fait jusqu'ici, par à-coups. C'est donc un processus de longue durée, auquel nous assisterons et assistons déjà, car la démocratie n'arrive pas avec un coup de baguette magique, apportant un bien-être social et économique avec elle. Nous ne sommes d'ailleurs pas seuls à apporter notre aide, et d'autres pays nous accompagnent. Nous devons donc avoir une assurance dans le temps. Une base légale doit être adoptée, car elle sera garante d'une aide efficace de longue durée, du moins l'espérons-nous.

L'arrêté fédéral est limité à dix ans et se fonde principalement sur la loi fédérale de 1976 sur la coopération au développement et l'aide humanitaire dans lesquelles nous avons une certaine expérience. Contrairement à la loi précitée, cet arrêté est transitoire, car on peut s'imaginer que la reconversion des Peco à la démocratie ainsi qu'à une économie ouverte peut se faire éventuellement en une dizaine d'années, avec, il est vrai, de grandes variations, tous les pays d'Europe centrale et ceux de la CEI n'étant pas au même niveau de développement. Il faudra, au bout de dix ans, discuter à nouveau du prolongement de l'arrêté. Certains de ces pays pourront sans doute se passer d'une coopération, alors que d'autres en auront encore besoin. Ce sera donc un programme sans doute différent que l'on rediscutera lorsque l'arrêté fédéral, après dix ans, sera caduc.

Notre commission, par 14 voix sans opposition et avec 1 abstention, a voté cet arrêté fédéral. C'est assez dire que la commission en a reconnu l'importance et la nécessité.

Des modifications de divers articles du projet du Conseil fédéral et de la décision du Conseil des Etats ont apporté davantage de précision au but de cet arrêté fédéral. Vous les retrouverez sur votre dépliant et la commission, presque à l'unanimité, vous prie de les appuyer. Nous y reviendrons dans la discussion article par article.

Dans la version française, je rends les Romands attentifs au fait qu'il y aura deux modifications aux articles 1er et 14, qui sera complété.

Le groupe de travail des Commissions de gestion a fait des propositions dont certaines ont été prises en considération par notre commission et sont incluses dans certains articles du projet d'arrêté fédéral. Le groupe de travail demande que l'on tienne compte de la cohérence et d'une coordination de la politique à l'égard de l'Europe de l'Est. Il a demandé également qu'un contrôle d'efficacité, lié à une libération des fonds, soit inséré dans l'arrêté ce que notre commission a également accepté. Enfin, le groupe de travail a également préconisé que le Conseil fédéral présente chaque année un rapport aux commissions parlementaires concernées sur les priorités, les moyens financiers et les conséquences des divers programmes en cours. C'est, disons-le, une sûreté que la commission a agréée sans peine. C'est donc d'une manière approfondie que notre commission a mis en forme cet arrêté fédéral, modifiant parfois la mouture du Conseil des Etats, mais ne laissant rien au hasard.

La question de la Tchétchénie a naturellement été âprement discutée. Lors d'une situation aussi grave que celle de la Russie attaquant la Tchétchénie, la coopération doit-elle être poursuivie, car il y a violation flagrante des droits de l'homme et non-respect des minorités? C'est une question qui a été posée.

La commission, par 9 voix contre 7 et avec 1 abstention, a accepté l'article 3a (nouveau) qui autorise le Conseil fédéral à cesser ou à interrompre les liens avec le pays en cause.

Approfondie que notre commission a mis en forme cet arrêté fédéral, modifiant parfois la mouture d'il semble important qu'un tel article figure dans l'arrêté, car on ne peut fermer les yeux sur de telles atrocités qui déciment tout un peuple en entraînant la population civile dans une horrible boucherie.

La coopération avec les Peco est une nécessité, si nous voulons permettre à ces pays de se glisser de plus en plus dans le moule démocratique. Nous avons vécu la chute du mur de Berlin, symbole d'espoir pour les habitants de l'Est comme pour les Européens. Peut-être ne nous sommes-nous pas d'emblée rendu compte que, pour sortir les Peco du régime communiste, nous devons être prêts à leur venir en aide, à faire des sacrifices, à leur offrir notre collaboration. Apprendre la démocratie, l'économie de marché et les réformes sociales à des pays qui ont vécu derrière le rideau de fer, dans des conditions très différentes des nôtres, prendra du temps. Mais c'est à ce prix que l'Europe gagnera peut-être en sécurité, en équilibre et en justice.

Il est vrai que notre aide à la coopération est appréciée, parce que la Suisse offre des programmes concrets, ce qui permet à la population des pays de l'Est de voir rapidement les effets indubitables d'une telle formation. Plusieurs membres de notre commission ont eu l'occasion, lors de voyages dans certains pays de l'Est, d'observer l'excellent travail qu'y fait la Suisse. Continuons donc à promouvoir des réformes indispensables, car elles seront – peut-être dois-je l'ajouter – garantes de paix au cours des prochaines années, si l'équilibre économique entre l'Est et l'Ouest va en s'amplifiant.

Au nom de commission, je vous demande de bien vouloir voter cet arrêté fédéral avec les modifications apportées.

Zbinden Hans (S, AG): Wir hatten fünf Jahre Zeit, um in der verstärkten Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern Erfahrungen zu sammeln, Lehren daraus zu ziehen. Auf diesen Grundlagen wurde nun dieser Entwurf für einen Rahmenbundesbeschluss konstruiert, in der Hoffnung, dass er für einige Zeit eine geeignete Philosophie für die Zusammenarbeit darstelle.

In diesen fünf Jahren hat sich sehr viel verändert, vor allem in den Destinationländern. Zu Beginn war eine beinahe euphorische, optimistische Haltung vorhanden, man hoffte, alles ändern zu können. Heute hat sich die allgemeine Situation frappant geändert, es herrscht Ernüchterung, zum Teil auch grosse Ratlosigkeit. Die Transformation, die man in der Wirtschaft, in der Politik angestrebt hat, verläuft viel störungsanfälliger, viel langatmiger, viel zäher als erwartet. Etliche Prognosen, die man vor Jahren noch stellte, musste man zwischenzeitlich revidieren.

Die Schocktherapie, die Idee, die Wirtschaft durch schnelle Privatisierungsanstrengungen, durch Installation von Märkten, durch den Umbau des Staates, durch Mentalitätsveränderungen umzubauen, hatte zur Folge, dass in den meisten Ländern in sozialer Hinsicht riesige und schnelle Umverteilungsprozesse stattfanden. Die gängigen Sicherheitssysteme der sozialen Art wurden, zum Teil durch die Arbeitslosigkeit, massiv unter Druck gesetzt. Durch Inflation sind vor allem die Renten, die Zukunftsaussichten stark geschwächt worden. Innert kurzer Zeit wurden etliche dieser Länder zu sogenannten Eindrittelsgesellschaften. Relativ wenige Leute konnten, vor allem auch im Rahmen der Rechtsunsicherheit, stark profitieren, während die breite Masse heute in etlichen Ländern Situationen vorfindet, die schlechter sind als früher.

Wir müssen uns vorstellen, dass die Leute auch ganz stark an den Westen geglaubt haben. Sie waren überzeugt, durch viele neue Güter ihre Lebensqualität steigern zu können, sie glaubten, die Freiheit würde ihnen sehr viel bringen. Heute haben sie die paradoxe Situation, dass sie relativ viele neue Güter haben könnten, dass sie aber über kein Geld verfügen, um diese zu kaufen.

Was wichtig ist: Diese Länder erhofften sich grosse westliche Hilfe, welche der Westen auch versprochen hatte. In der Zwischenzeit wurden recht viele dieser Versprechungen zurück-

genommen. Denken Sie an uns selbst: Wir haben zwei Rahmenkredite gesprochen, aber in den letzten zwei Budgets massive Abstriche daran vorgenommen. Wenn sich alle Länder im Westen auf diese Art verhalten, werden wir diese Versprechen nicht einhalten können.

Welches ist nun die Reaktion auf diese Instabilitäten in diesen Ländern? Die Reaktion ist, in inkarnierter Form, Wladimir Schirinowski, der nun diese Unsicherheit, die Desorientierung der Leute, mit neoimperialistischen, nationalistischen, zum Teil auch faschistoiden Ideen ausnützt. Das wollen wir eigentlich gerade nicht. Vielmehr streben wir an, dass die Demokratie in diesen Ländern eine Tatsache wird. Eine Ökonomie aber, die diese Umverteilung organisiert und die ungerecht ist, stimuliert bei den Leuten den Glauben an die Demokratie nicht. Zwischen Gerechtigkeit in der Ökonomie und Demokratie besteht ein enger Zusammenhang.

Für unsere Fraktion schlägt sich die Lehre, die wir daraus ziehen, in drei Forderungen nieder, die wir hier auch mit Anträgen bekräftigen wollen.

1. *Forderung: Wir müssen uns in Zukunft ganz klar konzentrieren.* Wir können nicht an vielen Orten, in vielen Bereichen arbeiten. Wir müssen klotzen statt kleckern, wie man das in Deutschland sagt. Wir könnten uns vorstellen, dass wir uns längerfristig nur noch auf wenige Staaten, wenige Bereiche konzentrieren, aber dort sehr kompetente Arbeit leisten, dass wir uns z. B. nur noch auf die südosteuropäischen Länder konzentrieren, die ja in der ganzen Annäherung an den Westen viele Probleme haben.

2. Wir müssen darauf achten, dass unsere Projekte für die Menschen erkennbare Lösungen bringen, kurzfristige, sichtbare Lösungen. Das heisst für uns, dass wir uns zukünftig mehr auf die technische Zusammenarbeit konzentrieren wollen und weniger auf die Finanzhilfe. Heute ist das Verhältnis 3 zu 1 zugunsten der Finanzhilfe. Das möchten wir in Zukunft in etwa symmetrisch sehen.

3. Für uns ist es – wie es vorhin erwähnt wurde – sehr wichtig, dass die Ergebnisse unserer Projekte evaluiert werden und dass wir schnell in der Lage sind zu reagieren und zu lernen. Ich komme zum Schluss, damit Herr Ziegler Jean von diesen 10 Minuten noch 2 Minuten übernehmen kann.

Václav Havel hat vor einiger Zeit seinen politischen und gesellschaftlichen Traum formuliert. Ich will nur den letzten Teil davon bringen und zeigen, dass das eine Philosophie ist, die auch wir übernehmen müssten. Er sagt, dass er nicht nur eine Republik will, die selbstständig, demokratisch und frei ist und die eine wirtschaftliche Prosperität sowie eine soziale Gerechtigkeit ermöglicht. Er möchte vor allem auch eine Republik und einen Staat, der allen Menschen sichtbar dient. Auf dieser Sichtbarkeit baut er die Hoffnung auf, dass die Menschen auch bereit sind, umgekehrt diesem Staat zu dienen, dass es eine Wechselwirkung in der Hilfe und der Unterstützung gibt.

Wir sind für Eintreten und werden nachher die entsprechenden Anträge stellen.

Columberg Dumeni (C, GR): Die CVP-Fraktion unterstützt die Bestrebungen zur Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas. Diese Zusammenarbeit hat sich grundsätzlich bewährt. Das Parlament hat bekanntlich bereits drei Rahmenkredite bewilligt, und wir werden gewiss noch weitere bewilligen müssen, denn der Aufbau demokratischer Strukturen, die Einführung eines Rechtsstaates und eines marktwirtschaftlichen Systems erfordern sehr, sehr viel Zeit. Man kann eine aufgezwungene Verhaltensweise, die Mentalität eines Volkes und das Fehlen einer demokratischen Tradition nicht von heute auf morgen ändern. Darum müssen unsere Kooperation und unsere Unterstützung fortgesetzt werden. Es geht einerseits um eine moralische Verpflichtung, andererseits aber auch um die langfristige Interessenwahrung unseres Landes in Europa.

Erfreulicherweise sind viele Staaten Ost- und Mitteleuropas inzwischen Mitglied des Europarates und damit unseres Rechts- und Wirtschaftssystems geworden. Einige Länder – wie Albanien, Kroatien, Moldawien und vielleicht einmal Russland – werden folgen. Der Demokratisierungsprozess und die

Transformation des Wirtschaftssystems sind aber keineswegs abgeschlossen, sind keineswegs schon konsolidiert.

Die Gefahr von Rückschlägen besteht nach wie vor, wie die Ergebnisse der letzten Wahlen beispielsweise in Polen, in Ungarn, vor Weihnachten in Bulgarien und ganz neu in Estland zeigen. Deshalb ist eine Weiterführung dieser Zusammenarbeit unerlässlich. Sie ist auch nötig, um die politische Stabilität und die Sicherheit in Europa zu gewährleisten. Leider fehlen uns die Mittel für umfassende Hilfsprogramme, für Projekte in grösserem Umfang.

Die Förderung des Umbauprozesses ist eine sehr anspruchsvolle, aber auch langfristige Aufgabe. Darum unterstützt die CVP-Fraktion die Schaffung einer klaren rechtlichen Grundlage. Sie erachtet die Befristung des Bundesbeschlusses auf zehn Jahre als angemessen.

Die bisherige Hilfe war erfolgreich. Ich kenne verschiedene sehr gute Projekte, die eine nachhaltige Wirkung haben, insbesondere im Bereich der Bildung, der Ausbildung, beispielsweise betreffend die Berufsschulen. Es gibt selbstverständlich aber auch einige Abstürze, das lässt sich leider nicht vermeiden. Die Gesamtbilanz ist aber positiv, und ich bitte Sie, dies zu beachten.

Aus den ersten Erfahrungen und den gemachten Fehlern sind gewisse Lehren und gewisse Schlussfolgerungen zu ziehen. So muss in Zukunft eine klare Kontrolle über die Verwendung der eingesetzten Mittel gewährleistet sein. Wir müssen die Gewissheit haben, dass die Mittel sinnvoll, zweckmässig, sparsam und wirksam eingesetzt werden. Dazu gehören unter anderem auch angemessene – oder anders gesagt: nicht über-setzte – Entschädigungsansätze.

Ferner muss der Koordination der verschiedenen Projekte in den einzelnen Ländern vermehrt Beachtung geschenkt werden. Durch eine intensive Koordination lassen sich Doppelspurigkeiten und Leerläufe vermeiden, beispielsweise bei den Vorabklärungen und bei der Überwachung. In letzter Zeit bemühen sich die Verantwortlichen, diesem Grundsatz vermehrt Beachtung beizumessen, beispielsweise im Fall Albanien.

Schliesslich geht es um die Bildung von Schwerpunkten. Man muss sich fragen, ob wir uns als kleines Land nicht auf einige Länder beschränken sollten, sonst besteht die Gefahr der Vernetzung und der Ineffizienz; also Konzentration auf das Wesentliche.

Noch ein Wort zur Evaluation: Die GPK wünscht, dass man das mit Gründlichkeit macht, mit einer gewissen Wissenschaftlichkeit. Da möchte ich Sie aber doch warnen und bitten, das mit Mass und Vernunft zu tun, denn es sollte nicht so herauskommen, dass wir mehr Mittel für die Evaluation der Projekte einsetzen als für die Projekte an und für sich.

Zusammenfassend stelle ich fest, dass sich die Zusammenarbeit mit Osteuropa bewährt hat, dass der Umbauprozess aber schwierig und langwierig ist. Dieses Aktionsprogramm muss deshalb fortgesetzt werden. Aus diesen Überlegungen stimmt die CVP-Fraktion der Vorlage zu.

Nabholz Lili (R, ZH): Die freisinnig-demokratische Fraktion begrüsst die klare rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten. Es ist dies nicht nur einfach ein formaler Akt, um staatliches Handeln in dieser Beziehung zu legitimieren. Wir denken, dass dieser Bundesbeschluss auch ein klarer Ausdruck dafür ist, die Zusammenarbeit mit den früheren kommunistischen Staaten in Ost-, Mittel- und Südosteuropa innenpolitisch abzustützen und zu verankern.

Dies ist notwendig, denn wie meine Vorredner kann ich ebenfalls bestätigen, dass auch wir den Transformationsprozess, dessen Zeugen wir sind, als wesentlich länger erachten, als wir dies vielleicht in der ersten Euphorie nach dem Fall der Berliner Mauer geglaubt haben.

Die westlichen Demokratien müssen sich auf ein längerfristiges Engagement einstellen. Die Umwälzungen, die auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene alle gleichzeitig zu bewältigen sind, sind so gewaltig, dass ein solidarisches Mittragen auch in Zukunft unabdingbar ist.

Die Entwicklung zu mehr Demokratie, mehr Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft, die Achtung vor den Menschenrechten

und der Schutz der Minderheiten sind mit gewaltigen Lernprozessen verbunden, die – wie könnte es anders sein? – auch äusserst hindernisreich sind. Hindernisreicher, als wir es wohl aus der Sicht von aussen nachvollziehen können.

Immerhin geht es ja um nicht weniger als um die Implementierung von Werten, die uns vertraut sind, die aber in den betreffenden Staaten entweder gar nie gegolten haben oder über Generationen verdrängt werden mussten. Rückschläge sind daher fast zwingend einzukalkulieren, was mit der Feststellung gleichbedeutend ist, dass die von uns gewünschte Stabilität und die Irreversibilität der eingeleiteten Demokratisierung noch längst nicht in allen Staaten erreicht oder gar garantiert sind. Die Entwicklung in Russland, der Tschetschenien-Konflikt sprechen da eine deutliche Sprache.

Ich komme auf die enormen und tiefgreifenden Prozesse zurück, deren Einmaligkeit wohl vor allem darin besteht, dass sie auf allen Ebenen – der gesellschaftlichen, der wirtschaftlichen, der kulturellen und der politischen – gleichzeitig stattfinden. Diese historischen Abläufe verlangen namentlich auch von der breiten Bevölkerung Anpassungsleistungen, die viele schlicht überfordern. Wir sind Zeugen von sozialen Umschichtungen, die auch zu Spannungen und sogar zu kriminellen Strukturen mit mafiosen Charakter geführt haben.

Das kann gefährlich werden, wenn man in den betroffenen Ländern etwa Leute hört, die sich – weil sie diese Spannungen nicht ertragen können – die alten Verhältnisse zurückwünschen.

Hier müssen wir eingreifen. Hier müssen wir Unterstützung leisten, damit nicht aus solchen Situationen der Bedrängung heraus, die durch die Umorganisation einer ganzen Gesellschaft entstehen können, die eingeleitete Transformation sich plötzlich umkehrt und in Wahlen mündet, die zur Rückkehr der alten Kräfte führen.

Wir dürfen auch nicht einen Fehler nicht machen, indem wir alle mittel- und osteuropäischen Staaten quasi als Monolith betrachten und sie deshalb alle in denselben Topf werfen. Diese Feststellung ist zwar banal, aber ich glaube trotzdem nicht überflüssig. Über lange Jahre waren wir uns gewohnt, einfach vom Ostblock zu sprechen. Dabei ging uns wahrscheinlich zeitweise das Gefühl dafür verloren, dass ein jeder einzelne dieser Staaten seine eigene Geschichte, seine eigene Kultur, seine eigene politische und auch wirtschaftliche Entwicklung durchgemacht hatte. Auch heute, in diesem Transformationsprozess, sind ganz unterschiedliche Abläufe festzustellen, je nachdem, welches Land wir betrachten. Kurz: Die an einem Ort gemachten Erfahrungen lassen sich nicht einfach auf eine andere Region oder auf einen anderen Staat übertragen.

Wie bereits in früheren Debatten ausführlich dargetan wurde, erfolgen die Unterstützung und die Zusammenarbeit mit all diesen Staaten in unserem eigenen Landesinteresse. Insofern ist diese Vorlage ein Paradebeispiel, ja ein Lehrstück, dafür, wie sehr Aussenpolitik Landesinteressenpolitik darstellt.

Nun reicht aber der gute Wille zu helfen allein nicht aus. Auch wir machen hier einen Lernprozess durch. Wie der Bundesrat bei seinen früheren Vorlagen zu den Osteuropakrediten zu Recht ausgeführt hat, sind die Unterstützung und die Zusammenarbeit im Hinblick auf die osteuropäischen Staaten auch nur bedingt mit der Entwicklungspolitik der klassischen Art zu vergleichen. Nur beschränkt können wir deshalb auf unsere Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit zurückgreifen. Die Staaten des früheren Ostblocks – ich verwende nun auch diesen Begriff – sind keine Entwicklungsländer. Es sind politisch und wirtschaftlich über lange Jahre fehlgeleitete, fehlgesteuerte Länder. Die Mittel, die wir einsetzen, können deshalb nicht nach den gleichen Kriterien eingesetzt werden wie bei der Entwicklungszusammenarbeit.

Diese Mittel sind auch, das wissen wir nur zu gut, nicht unbegrenzt. Um so bedeutsamer ist es, dass ihr Einsatz kohärent, koordiniert und auf Effizienz bedacht erfolgt. Die laufende Überprüfung der Wirksamkeit ist daher unabdingbar. Wir begrüssen den Willen der Kommission, hier in Abweichung von Bundesrat und Ständerat deutlichere Akzente zu setzen. Namens der FDP-Fraktion bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen der Kommission zuzustimmen.

Fischer-Hägglingen Theo (V, AG): Die SVP-Fraktion wird für Eintreten stimmen. Sie erachtet es als richtig, dass für die Hilfe an die Staaten Mittel- und Osteuropas eine rechtliche Grundlage geschaffen wird.

Wir haben in den letzten Jahren Rahmenkredite bewilligt, mit denen der Umbau der ehemaligen kommunistischen Staaten unterstützt werden soll. Es ist absehbar, dass der Umbau eine viel längere Zeit in Anspruch nehmen wird, als dies unmittelbar nach dem Zerfall des sowjetischen Imperiums angenommen wurde. Die Entwicklung in den Nachfolgerstaaten wird nicht kontinuierlich sein, mit Rückschlägen ist zu rechnen. Aus diesem Grunde werden diese Staaten weit länger auf Hilfe angewiesen sein, als man bei den ersten Hilfsaktionen vermutete.

Es ist eine primäre Aufgabe der Aussenpolitik der westlichen Demokratien, die Staaten Osteuropas auf dem Wege zu Demokratie und Marktwirtschaft zu begleiten, zu unterstützen, und dies nicht nur verbal, sondern auch mit Taten, insbesondere durch finanzielle Mittel und handelspolitische Massnahmen. Dazu ist auch die Schweiz aufgerufen.

Die Schweiz hat alles Interesse daran, dass sich die Demokratien in Osteuropa festigen, sich wirtschaftlich erholen und den sozialen Ausgleich finden. Das bestehende Gefälle zwischen West und Ost ist abzubauen. So können Spannungen vermieden und der Friede in Europa gefestigt werden. Weil die finanzielle Hilfe auf Jahre hinaus notwendig ist, ist der vorgeschlagene Bundesbeschluss notwendig, damit eine rechtliche Grundlage für die Hilfeleistung geschaffen wird, damit klare Kriterien und Prioritäten verankert werden.

Man hätte sich auch ein Bundesgesetz analog zum Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vorstellen können. Die Bedürfnisse der neuen Demokratien sind sehr gross und die Mittel der Schweiz beschränkt. Es stellt sich deshalb die Frage, wie die auch in Zukunft beschränkt bleibenden Mittel eingesetzt werden sollen. Es stellt sich die Frage der Koordination zwischen staatlicher Hilfe und privaten Investitionen und Projekten.

Diese Zusammenarbeit ist wichtig und muss gesucht werden. Private Investitionen sind zu fördern, nicht nur, damit man auf einem immer grösser werdenden Markt präsent ist und damit neue Geschäftsbeziehungen, d. h. Exportmöglichkeiten für uns, aber auch für die Staaten des Ostens, geschaffen werden. Wichtig sind die privaten Investitionen auch für den Aufbau einer Unternehmerrkultur in diesen Ländern. Den wirtschaftlich Tätigen in diesen Ländern geht diese grösstenteils ab. Das Chaos und die mafiaähnlichen Zustände in Russland sind gerade auf das Fehlen eines verantwortungsbewussten und doch risikofreudigen Unternehmertums zurückzuführen. Weil die Mittel beschränkt sind, stellt sich die Frage der Schwerpunktsetzung: Einzelne Staaten Osteuropas stehen uns näher. Ich denke an die ehemaligen Satellitenstaaten und an die baltischen Staaten. Die GUS-Staaten in Zentralasien gehören wohl der gleichen Weltbankgruppe wie die Schweiz an, sind aber doch in ihrer Wesensart und in ihrer wirtschaftlichen Ausrichtung anders geartet.

Die Frage stellt sich auch: Soll man sich vor allem auf diejenigen Länder konzentrieren, wo sich der Erfolg relativ schnell einstellt, oder auf diejenigen, wo nur langfristig und mit unterschiedlichen Erfolgchancen Fortschritte zu erwarten sind? Im Vordergrund haben überblickbare Projekte zu stehen, vorwiegend auf bilateraler Basis. Die Projekte sollen Anstoss zur Selbsthilfe, zum eigenen Handeln und zur Eigeninitiative geben. Wichtig ist, dass man die innere Entwicklung der Länder beobachtet, und zwar dauernd, und dass man auch den Mut hat, die Zusammenarbeit abzubauen, wenn die inneren Reformen sabotiert werden, die Korruption Oberhand gewinnt, die Rechtsstaatlichkeit nicht vorwärts kommt.

Die Frage stellt sich heute konkret für Russland, wo nach wie vor grosse Mittel für die militärische Aufrüstung verwendet werden und der innere Zustand immer desolater wird. Ich wäre dankbar dafür, wenn sich Bundesrat Cotti dazu äussern würde, wie er die Weiterentwicklung Russlands beurteilt.

Zur Detailberatung: Die Fraktion wird den Anträgen der Kommission zustimmen – bei Artikel 1 dem Antrag Schmid Samuel. Wir begrüssen insbesondere die neue Bestimmung über die Evaluation der Projekte. Wir müssen die Gewissheit

haben, dass die Mittel gezielt eingesetzt werden, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung dienen und nicht einfach in die Taschen korrupter Staatsstellen fließen. Zudem behalten wir uns die Freiheit vor, uns bei der Beratung von Voranschlag und Rechnung immer wieder zu fragen, wie viele Mittel zu sprechen und wie sie einzusetzen sind. Die Hilfe an Osteuropa wird sich immer in den Gesamtrahmen der finanziellen Möglichkeiten unseres Landes einordnen müssen. Ich beantrage Ihnen Eintreten.

Bär Rosmarie (G, BE): Seit dem Fall der Berliner Mauer haben wir zweimal einen Rahmenkredit für die Hilfe an die mittel- und osteuropäischen Staaten bewilligt und dabei jeweils den Kreis der Empfängerländer ausgeweitet. Die Rahmenkredite kamen in ihrer Form Blankokrediten nahe, was aber angesichts der speziellen Situation, auf die es zu reagieren galt, zu verantworten war. Heute geht es nun darum, nachträglich die rechtliche Grundlage für unsere Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas zu schaffen. Die grüne Fraktion wird dieser Rechtsgrundlage selbstverständlich zustimmen.

Um etwas darf es heute aber nicht gehen, nämlich darum, den Sinn und die Notwendigkeit der Osteuropahilfe in Frage zu stellen. Unsere Verantwortung beim Versuch, das postkommunistische Vakuum füllen zu helfen, ist klar. Aber wir nehmen diese Vorlage, den ersten Jahresbericht über die Ostzusammenarbeit des Bundes, die gewonnenen Erkenntnisse der letzten fünf Jahre und die aktuelle Lage in den Empfängerländern zum Anlass einer kritischen Würdigung.

Es ist natürlich fatal, dass jetzt, wo wir die ersten Erfahrungen beim Betreten von Neuland hinter uns haben und die Hilfe effizienter gestalten könnten, das Geld fehlt. Beim Budget 1995 haben wir bekanntlich den Kredit gekürzt. Das ist mehr als kurzfristig angesichts der Feststellung des Bundesrates im Jahresbericht: «Die Bedürfnisse der Zielländer sind immens.» Eines ist doch klar: Die Kosten eines Scheiterns des Reformprozesses wären, wenn sie überhaupt in Geld ausgedrückt werden könnten, um ein Vielfaches höher als alle westlichen Hilfsprogramme zusammen.

Es ist offensichtlich, dass wir uns getäuscht haben, zusammen mit der ganzen westlichen Welt. Wir haben aber auch falsche Hoffnungen geweckt und uneinlösbare Versprechen abgegeben. Wir haben uns über das Tempo getäuscht, in welchem die Reformbewegungen in den Ländern vorangehen werden, über den Umfang der von aussen benötigten Mittel, um den Reformprozess in Gang zu bringen und zu stabilisieren. Wir haben uns getäuscht über die ganze Komplexität und die Folgeerscheinungen, die ein Systemzusammenbruch beinhaltet. Wir haben die Rubrik «Unvorhergesehenes» unterschätzt. Wir wussten nicht, was es bedeutet, wenn eine ganze Weltwirtschaftsregion im Umbruch ist. Ich brauche nicht Prophetin zu sein, wenn ich feststelle, dass der jetzt vorliegende Bundesbeschluss, der auf 10 Jahre befristet ist, dereinst erneuert werden muss.

Wir müssen einsehen, dass es nicht ein einziges gültiges Rezept gibt, um den Transformationsprozess in so verschiedenen Ländern wie etwa Ungarn, Albanien, Russland, Tschechien oder Litauen zu unterstützen. Das blinde Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes sollte hüben wie drüben wohl endgültig zerstört sein.

Am wenigsten haben wir wohl mit politischen Rückschlägen gerechnet, sogar mit der Rückkehr der kommunistischen Parteien an die Macht. Schon gar nicht haben wir mit einem Krieg gerechnet, wie er im Moment von Moskau gegen die Zivilbevölkerung in Tschetschenien geführt wird. Es gehört zu den bitteren Erfahrungen, dass es nötig wird, als Folge dieser schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen im Bundesbeschluss mit Artikel 3a eine Abbruchs- bzw. Unterbruchs-klausel aufzunehmen. Die grüne Fraktion hält dies jedoch für richtig und nötig. Müsste man die Situation im Osten Europas heute in einem einzigen Satz zusammenfassen, würde er wohl lauten: «Wir sind heute in einem Zustand, wo alles möglich ist und nichts sicher.»

Das Ziel der wirtschaftlichen Reformen «Mehr Wohlstand für alle» ist bis jetzt nicht in Sicht. Im Gegenteil, jeder Reformschritt hat die Massenarbeitslosigkeit, die Armut und die Dis-

paritäten verschärft. Heute ist die Zahl der ganz Armen grösser als zu kommunistischen Zeiten; ihnen stehen ganz wenige Superreiche gegenüber, wie es sie zu kommunistischen Zeiten nicht gab. Im Osten macht sich der neue Sozialdarwinismus mit seinen ganz verheerenden politischen und gesellschaftlichen Folgen breit.

Unser finanzieller Anteil ist, gemessen am tatsächlichen Bedarf der verschiedenen Länder, marginal bis beschämend klein. Um so mehr müssen wir diese Gelder effizient einsetzen, eine kohärente Politik verfolgen. Hier hat es bis jetzt geharzt. Ich möchte das am Beispiel der Energiepolitik belegen: Die grösste Gefahr für Mensch und Umwelt geht in praktisch allen Ländern von den Atomkraftwerken aus, die in vielen Fällen vom gleichen Reaktortyp sind wie in Tschernobyl. In diese maroden Reaktoren steckt der Westen sehr viel Geld. Gleichzeitig aber herrscht in allen Ländern eine extreme Verschwendung von Energie, sowohl durch die Industrie wie auch durch die privaten Verbraucher und Verbraucherinnen. Statt das Geld in Atomkraftwerke zu stecken, sollte der Westen Hilfe zur «Entschwendung», Hilfe zur Nutzung von Energiesparpotentialen leisten, damit die äusserst gefährlichen AKW möglichst bald abgeschaltet werden können.

Das gleiche gilt für die gesundheitsgefährdenden Kohlekraftwerke. Was macht hier die Schweiz? Was machen wir zum Beispiel in Polen? Unsere Elektrizitätsgesellschaften haben dort mit dem Segen des Bundes Importverträge für billigen Kohlestrom abgeschlossen – mit der Folge, dass diese Werke statt abgestellt weiterbetrieben werden. Was macht die Schweiz noch in Polen? Sie bezahlt in der Stadt Katowice mit 15 Millionen Franken aus der Osteuropahilfe Beatmungs- und Inhalationsgeräte für Kinder und ihre Mütter. Sie sind lungenkrank, weil die Luft in dieser Gegend wegen der Kohlekraftwerke stark verschmutzt ist. Kommentar überflüssig, ist man geneigt zu sagen, würde das Beispiel nicht schon fast makaber wirken.

Um so unverständlicher wirkt deshalb die Bilanz unserer Zusammenarbeit mit Osteuropa, die den Titel trägt: «Ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung.» Sie gipfelt in der nicht gerade bescheidenen Feststellung: «Die schweizerische Hilfe an die Länder Osteuropas ist eine einmalige Gelegenheit, die Umweltanliegen in den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu integrieren.» Jetzt der entscheidende Satz: «Dies reflektiert in vollkommener Weise den Geist der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio 1992.»

Da war ein Schreiber am Werk, der entweder zynische Schönfärberei betreibt oder nicht begriffen hat, was nachhaltige Entwicklung tatsächlich beinhalten würde. Die grüne Fraktion erhofft sich durch die Eingliederung der Osteuropahilfe in die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe mehr Kohärenz und mehr Sensibilität für ökologisch sinnvolle Projekte. Für Projekte, die weniger den Interessen im eigenen Land zugute kommen, sondern den wirklichen Bedürfnissen der Menschen in den Empfängerländern entsprechen. Das heisst ganz sicher: mehr technische Zusammenarbeit und weniger Finanzhilfe.

Alexis de Tocqueville hat 1840 einen bemerkenswerten Satz geschrieben: «Die Welt, die derzeit im Entstehen ist, ächzt noch unter den Überbleibseln jener Welt, die nun verfällt, und inmitten der gewaltigen Verwirrungen der menschlichen Angelegenheiten vermag niemand zu sagen, wieviel von den alten Institutionen und den früheren Sitten erhalten bleibt oder wieviel völlig verschwinden wird.» Ich denke, der Satz gilt auch heute noch und ganz sicher bei diesem Geschäft.

Um so mehr wird die grüne Fraktion der Vorlage zustimmen und die Anträge der Kommission unterstützen.

Eggly Jacques-Simon (L, GE): La coopération avec les pays d'Europe centrale et d'Europe de l'Est est, à n'en pas douter, un enjeu historique. C'est un enjeu qui recèle évidemment de grandes chances et de grands espoirs, mais également de grands risques et de grandes possibilités d'erreurs. Nous voyons bien ce qu'il en est aujourd'hui.

Une chose est certaine en tout cas, c'est que pour notre politique et pour la Suisse c'est une priorité, et contrairement à ce que certains affirment, je pense que nous avons raison de dis-

tinguer cette priorité de notre tâche de coopération avec les pays du Sud. On ne peut pas mettre ça dans le même paquet et, même s'il y a une unité administrative, il faut bien distinguer, car il y a toutes sortes de raisons à notre coopération avec ces pays qui, au-delà de la parenthèse communiste, sont des pays qui ont en commun avec nous une tradition et un destin européen, ainsi qu'un impératif de sécurité européenne.

Par conséquent, je crois qu'il était bon que ce soit une tâche spécifique, avec une base légale spécifique. Il y a une réalité bien sûr, celle des finances fédérales qui ne nous permettent probablement pas de faire autant que ce que nous pourrions ou devrions faire. Et puis, il y a naturellement des distinctions à faire entre les pays, car tous ne sont pas dans la même situation et les collaborations ne peuvent pas être les mêmes.

En tout état de cause, il faut dire oui à un arrêté qui consacre l'importance de cette politique, qui table sur la durée, et qui établit des critères. Et comme ces critères doivent être réévalués en cours de route, je crois qu'il est bon que l'arrêté fédéral ait une limite de validité de dix ans, ce qui permettra précisément une réévaluation de ces critères.

En ce qui concerne maintenant le fond, je crois que dans notre collaboration avec les pays d'Europe centrale et d'Europe de l'Est, il faut éviter autant que faire se peut la dispersion. Il faut essayer de viser à une certaine concentration, à une concentration relative, la concentration totale n'étant pas possible. Il y a des pays pour lesquels probablement notre apport est particulièrement précieux. Concentration aussi sur ce qu'il y a de plus efficace, de plus opérationnel. A cet égard, nous devons, là comme ailleurs, prendre garde au gaspillage, le chasser, aussi du côté suisse, en ce qui concerne notamment les tâches préparatoires. Il n'y a aucun doute que la coopération avec les pays de l'Est peut devenir, pour beaucoup, une sorte de fromage. Il y a des professionnels susceptibles de trop s'enrichir dans cette tâche-là, et nous devons y veiller également, Monsieur le Conseiller fédéral.

En outre, il faut une rigueur toute helvétique pour trouver les bons interlocuteurs, des interlocuteurs qui soient des partenaires fiables, valables, qui échappent au circuit de la mafia. Mais il est évident qu'autant il faut faire très attention à ne pas avoir des partenaires douteux, autant il faut également considérer que tout le monde n'appartient pas à la mafia et que l'on peut trouver, même jusqu'en Russie, des interlocuteurs avec lesquels la bonne foi est de mise. Il faut savoir pourtant que ce phénomène existe, mais qu'il ne doit pas invalider notre coopération. Et je dirai même plus: ce serait une grave erreur, une erreur historique, que de jeter l'éponge en se disant que de toute façon tout est pourri dans certains de ces pays et que cela ne vaut même pas la peine de chercher des interlocuteurs. Au contraire, il faut chercher ces interlocuteurs, il faut contribuer à les solidifier, il faut traiter avec eux.

Maintenant, la commission a rajouté certaines dispositions dans le projet qui vous est proposé, par exemple l'article 3a (nouveau) à propos précisément de la possibilité d'interrompre l'aide en cas de violation. C'est inutile, car cela va de soi, c'est une tâche du Conseil fédéral, mais nous n'avons finalement pas fait de proposition pour revenir sur cette disposition. Pour l'essentiel, le groupe libéral vous propose d'entrer en matière et d'approuver ce projet.

Steffen Hans (D, ZH): Nachdem die Mehrheiten unseres Parlamentes bereits dreimal Rahmenkredite für die Osthilfe bewilligt haben, ist es sicher richtig, wenn im vorliegenden Bundesbeschluss endlich die Ziele der Zusammenarbeit mit den Staaten des Ostens festgelegt werden.

Die Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi hat bei der Beratung der früheren Vorlagen aus ihrer kritischen Haltung gegenüber dieser Hilfe keinen Hehl gemacht, dies insbesondere gegenüber der Höhe der Beträge und gegenüber dem geplanten Einsatz der finanziellen Mittel.

In der Kommission war das Geschäft kaum umstritten, wie Sie von den Kommissionssprecherinnen erfahren haben. Mit 14 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung stimmte die Kommission für Annahme des Entwurfes. Die Differenzen gegenüber der Fassung des Ständerates sind gering. So scheint es uns richtig zu

sein, dass bei der Unterstützung der Oststaaten in ihren Bemühungen um Demokratie und Marktwirtschaft die soziale Ausgestaltung nicht vergessen geht und diese in Artikel 1 zuzätzlich Erwähnung findet. Den Antrag Schmid Samuel müssen wir deshalb ablehnen.

Wenn in Artikel 2 bei der Festlegung der Ziele der Zusammenarbeit mit den Oststaaten zusätzlich die kulturelle Entwicklung begünstigt werden soll, klingt das unserer Meinung nach recht deklamatorisch. Die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung im wirtschaftlichen und sozialen Bereich soll auf marktwirtschaftlichen Grundsätzen beruhen, steht in der Botschaft. Ob allerdings eine sinnvolle kulturelle Entwicklung auf der Basis marktwirtschaftlicher Grundsätze möglich ist, ist eher schleierhaft.

Blicken wir zurück ins letzte Jahrzehnt. Die ersten Entwicklungen nach der Beseitigung des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer sind weder im Bereich der Marktwirtschaft noch in jenem der Kultur erfreulich. Da sind Dinge nach Osten eingeströmt, die früher von den östlichen Herrschern nicht ganz zu Unrecht als Folgen kapitalistischer Dekadenz bezeichnet wurden, zum Beispiel Drogen, Mafia, Sexwelle, Schlepperunwesen, Finanz-, Bodenschätze- und Prostituiertenschiebereien, um nur einige wenige zu nennen.

Sie werden jetzt verstehen, weshalb wir die Einfügung des Begriffs der kulturellen Entwicklung etwas belächeln, es sei denn, man plane im EDA gezielt eine Begünstigung hochstehender Kulturen als Alternative zum vorhin erwähnten westlichen Kulturkehrich.

Die SD/Lega-Fraktion begrüsst grundsätzlich die Einfügung eines Artikels 3a, der die Befugnisse für den Unter- oder Abbruch der Zusammenarbeit im Falle von gravierenden Menschenrechtsverletzungen oder Minderheitsdiskriminierungen ausdrücklich erwähnt. Der Bundesrat hat diese Befugnis zwar ohne Artikel 3a, das ist bekannt. Aber vielleicht wird der Bundesrat später ermuntert, eine allfällige weiche Linie der OSZE-Staaten zu verlassen und eigenständig im Sinne von Artikel 3a zu handeln.

An sich haben wir Sympathie für den Antrag unseres Kollegen Mauch Rolf, doch stellt sich die Frage, wer die Leidtragenden wären, sollte der Bundesrat unverzüglich – ich betone: unverzüglich – die Zusammenarbeit abbrechen müssen. Wir werden uns diesbezüglich nach geführter Debatte entscheiden.

Hier habe ich noch eine Frage an Sie, Herr Bundesrat Cotti. Ist die brutale Form des Einsatzes der russischen Truppenverbände des Innenministeriums in Tschetschenien eine Menschenrechtsverletzung? Und wenn ja, Ihrer Meinung nach eine gravierende oder eine weniger gravierende?

Die Neufassung von Artikel 14, die auf Anregung der Geschäftsprüfungskommission erfolgte, erscheint uns sinnvoll zu sein.

Wir hoffen, dass der Bundesrat die beschlossenen Rahmenkredite für die Osthilfe im Hinblick auf die desolate Finanzlage des Bundes zurückhaltend nutzt und unter Umständen ihre Geltungsdauer verlängert.

Die SD/Lega-Fraktion ist für Eintreten auf den Beschlussentwurf.

Moser René (A, AG): Angesichts der Tatsache, dass schon alle Vorredner über die Vorlage an sich gesprochen haben, beschränke ich mich auf den Jahresbericht, der für Sie auch interessant ist.

Vielleicht erinnern Sie sich noch an meinen Nichteintretensantrag im Zusammenhang mit der letzten Botschaft über die Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten.

Zur Auffrischung: Ich habe damals meine Bedenken über die Osthilfe klar formuliert (AB 1993 N 111). Es waren schon damals keine sauberen Kriterien bzw. Konditionen festgelegt, welche von den Empfängerstaaten unserer Finanzhilfe und der technischen Zusammenarbeit minimal erfüllt sein müssen. Zu meinen Argumenten gehörte auch, dass das Controlling nicht genügend geregelt sei.

Nun liegt der erste Jahresbericht über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Oststaaten vor uns. Ich habe mir die Mühe genommen, diesen Bericht unter Berücksichtigung meiner

früheren Kritik zu überprüfen. Um es kurz zu machen: Die von mir angesprochenen Probleme haben überhaupt kein Gehör gefunden. Es ist ein eigentlicher Schönwetterbericht, obschon einige Übungen nicht gerade fruchtvoll ausgefallen sind.

Der Jahresbericht, welcher ja eigentlich ein Controllingbericht sein müsste, ist meines Erachtens in bezug auf den Fortschritt, welcher in den Oststaaten mit unserer Hilfe erreicht oder eben nicht erreicht wurde, einäugig und zuwenig selbstkritisch abgefasst. Ziel unserer Aussenpolitik in den ost- und mitteleuropäischen Staaten ist und bleibt, diesen Staaten auf den Weg zur Freiheit und Demokratie zu verhelfen. Gerade hier sehe ich eine Diskrepanz zu den erreichten Resultaten, die im Bericht kleinlaut am Rande vermerkt sind.

Es wäre aber dringend notwendig, die Arbeiten und die Finanzhilfen an die Oststaaten genauer unter die Lupe zu nehmen. Es kann doch einfach nicht sein, dass beispielsweise in Moskau mehr Mercedes der obersten Preisklasse verkauft werden als in der gesamten Bundesrepublik, derweil die russische Bevölkerung nicht weiss, woher sie das Brot für morgen nehmen soll. Das sind gravierende Veränderungen, die ich als persönlicher Kenner von Russland heute feststelle. Da kann etwas nicht stimmen.

Ich möchte aber festhalten, dass es nicht die alleinige Sache der Schweiz ist, für die Demokratisierung der Oststaaten zu sorgen. Nein, das ist Sache aller westlicher Demokratien. Da liegt grundsätzlich auch das Problem: Die Illusion der Oststaaten in bezug darauf, was eine westliche Demokratie ist und bringt, ist offenbar zu einem Schlüsselproblem geworden. Die unrealistischen Erwartungen der Oststaaten werden mehr und mehr zu einem Faktor der Destabilisierung – ein Irrtum, der verheerende Folgen haben könnte.

Ich persönlich sehe die Gründe, welche zum heutigen Vertrauensschwund geführt haben, in erster Linie in der dauernden Aufschiebung des Westens von Lösungen im Balkankonflikt oder neuerdings im tatenlosen Zuschauen der menschenverachtenden Auseinandersetzung in Tschetschenien. Ich werde in der Detailberatung auf diesen Punkt noch zurückkommen. Was den Beschlussentwurf anbelangt, ist die Freiheits-Partei für Eintreten. Gleichzeitig möchte ich aber mein Anliegen bezüglich einer Verbesserung des Controllings deponieren und den Bundesrat bitten, nicht einfach – wie gewohnt – Schönwetterberichte zu verfassen, denn das hilft niemandem, am wenigsten den betroffenen Oststaaten.

Ruffy Victor (S, VD): Je signale en préambule que, depuis 1992, je participe à des programmes annuels de soutien à la Faculté des lettres de l'Université de Tirana et mène un programme en collaboration avec le ministère de l'éducation. Ces opérations, cofinancées par le Département fédéral des affaires étrangères et par le Conseil de l'Europe, ne m'apportent rien sur le plan matériel, mais j'en retire de grandes satisfactions et m'enrichit culturellement, socialement et politiquement à chacune d'entre elles.

On ne cesse de le répéter, la phase de transition pour les régimes d'Europe centrale et orientale comporte des dangers dus au découragement devant la lenteur des améliorations comparées à l'ampleur des sacrifices, dus aussi à la révolte contre les monstrueuses disparités opposant la grande majorité de la population à la classe des nouveaux riches et des mafieux. Aux yeux de beaucoup dans ces pays, ces derniers incarnent la privatisation, ce qui nous explique les revirements politiques successifs remettant au pouvoir d'anciens communistes.

Nous avons donc avantage à tirer le maximum de nos actions si nous voulons enrayer un pessimisme aux conséquences fâcheuses. Et, compte tenu de nos moyens limités, il est indispensable de nous fixer des priorités. A cet égard l'arrêté va dans la bonne direction et je crois que nombreux ont été les intervenants à le souligner. On peut comprendre que pour des raisons politiques on ne puisse se permettre de laisser tomber des pays qui s'adressent à nous. Cependant, pour des raisons d'efficacité, au vu encore une fois de la modestie de nos moyens et de la difficulté à maîtriser vraiment les contextes si divers des Peco, on doit accepter l'idée de pays de concentration.

Au sein des pays d'Europe centrale et orientale on constate pour certains l'apparition d'effets rapides de diffusion, de proximité, de parenté – je pense à l'Estonie si proche de la Finlande. Les pays Baltes, comme ceux du Groupe de Visegrad, se trouvent les plus avancés dans leur évolution économique et dans leur amarrage, voire leur ancrage à l'Europe occidentale. En revanche, quand on gagne la partie méridionale de cette Europe centrale, on s'aperçoit que de la Roumanie à l'Albanie, en passant par la Bulgarie et la Macédoine, le rythme de rattrapage, et pour certains de rapprochement aussi, est beaucoup plus lent.

A mes yeux, la notion de priorité recouvre également, en l'occurrence, une aide sélective, géographiquement parlant, particulière et privilégiée, destinée aux pays les plus démunis. Je pense spécialement à des pays tels que la République de Macédoine et l'Albanie. Pour ce dernier pays d'ailleurs, il me semble qu'on intervient déjà dans une telle perspective.

J'apporte mon total soutien à cette manière de faire pour les raisons évoquées ci-dessus, mais aussi du fait qu'une aide régulière permet d'assurer un suivi plus sérieux, engage davantage notre responsabilité et permet d'assurer plus rapidement, sur divers plans et avec divers partenaires, la coordination des actions. Enfin, il est aussi plus aisé d'atteindre cette densité critique d'interventions recherchée, qui déclenche des effets de synergie et provoque des effets d'entraînement souhaités.

Je ne m'étendrai pas longuement sur la façon d'élaborer une conception, mais là aussi, il est évident qu'en retenant deux ou trois pays, nous serons mieux à même de réaliser des éléments essentiels d'un programme concerté. Ce dernier, d'ailleurs, ne doit pas forcément être élaboré en Suisse: on peut très bien choisir les composants d'un programme mis au point par la Banque mondiale ou la Berd. Ce qui a été entrepris comme travaux d'infrastructure en Albanie dans un tel cadre et en urgence, semble avoir été fait avec efficacité et avoir porté ses fruits.

Pour terminer, j'aimerais faire encore deux remarques relatives la première à la politique d'information, la seconde à l'évaluation des travaux. La journée consacrée en décembre dernier aux diverses actions entreprises en Albanie fut une excellente initiative du Bureau pour la coopération avec les Etats d'Europe de l'Est. Elle a conduit à dégager des lignes de force et a fourni la démonstration que, pour améliorer la coordination des actions, pour les amplifier, il était hautement souhaitable d'avoir une centrale d'information. Pour des raisons financières, il n'a pas été possible au bureau de la mettre sur pied. Il serait par conséquent heureux, dans ces circonstances, que le bureau, à titre provisoire et expérimental, soutienne les efforts des étudiants de Zurich dans la phase de développement du seul organe d'information existant relatif à l'Albanie («Newsletter Albanien»).

Enfin, en ce qui concerne l'évaluation, je sais aussi que, par manque de ressources en personnes, le bureau a dû confier l'élaboration de programmes à des tiers. Des organisations se sont lancées dans des opérations en recourant à des consultants qui, eux-mêmes, ont sollicité des bureaux exécutants. Cela fait souvent beaucoup de niveaux et ne contribue pas forcément à la transparence. Le travail d'évaluation dans ces conditions est hautement souhaitable, et je dirais même absolument indispensable. Il est une condition sine qua non de l'amélioration de nos soutiens. Nous en attendons beaucoup et la commission prévue par l'arrêté devra examiner attentivement ces évaluations.

Au demeurant et en conclusion, notre connaissance même limitée des Peco nous permet de dire que les programmes d'aide pour ces pays restent des opérations délicates, et qu'au vu des divers projets déjà réalisés par la Suisse, au vu des intentions du Conseil fédéral exprimées dans l'arrêté, nous n'avons aucunement à rougir de ce qui a été fait, et tout à espérer de ce qui pourra désormais être fait.

Au nom du groupe socialiste, je vous prie d'approuver l'arrêté.

Oehler Edgar (C, SG): Angesichts dessen, was wir heute gehört haben, hat uns Bundesrat Cotti offenbar einen guten Vorschlag unterbreitet.

Wenn wir die Zeit nach dem Fall der Berliner Mauer ausrechnen, kommen wir unschwer auf die Zahl von 1949 Tagen, also auf knapp fünf Jahre. Nach 1949 Tagen dürfen wir nicht davon ausgehen, dass im ehemaligen Ostblock, in den früheren totalitären Staaten, bereits alles so ist, wie wir uns das wünschen. Es geht nicht an, dass wir – wie es Herr Columberg dargelegt hat – jenen Staaten und Völkern sowie Völkergemeinschaften unsere Ideen von Demokratie und freier Wirtschaft aufzotroyieren und, wenn dann etwas schief läuft, sie mit unseren Massstäben zu kritisieren beginnen.

Wir würden unseren Aussenminister nachgerade in einen Beweisnotstand hineinmanövrieren, wenn wir ihn ersuchten, uns nun darzulegen, wie er die Entwicklung in der ehemaligen UdSSR, im Tschetschenien-Krieg oder in den ehemaligen Satellitenstaaten sieht.

Ich möchte ihm nichts unterschieben, aber ich darf doch davon ausgehen, dass das weder in Deutschland noch in Frankreich, weder in Japan noch in den USA, noch vor allem in den betroffenen Staaten selber eingeschätzt werden kann. Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere Tätigkeit und unsere Zusammenarbeit mit diesen Staaten sehen.

Wenn man zur Kenntnis nimmt, was hier gesagt wird und was draussen geschrieben wurde, stellen wir fest, dass die grosse Mehrheit nicht nur dieses Rates, sondern auch unseres Volkes dazu steht, dass wir den ehemals unterdrückten Völkern, die von Leiden geprägt sind, zur Seite stehen und Hilfe leisten müssen. Andernfalls werden wir mit Problemen konfrontiert, die weder sie und noch viel weniger wir lösen können.

Wir haben in den vergangenen Jahren aber auch festgestellt, dass man mit finanziellen Mitteln und Zuschüssen nicht alle Probleme lösen kann. Das ist für mich die Ausgangslage, in welcher Richtung wir zukünftig zu arbeiten haben. Wir alle in unserem Staat, inklusive Bundesrat, haben uns einmal zu entscheiden, ob wir die Transformation mit technischer Zusammenarbeit, mit technischer Hilfe positiv beeinflussen wollen oder ob wir letztlich unter einem anderen Titel, über Wirtschaftsförderung und ERG-Kredite, unserer eigenen Wirtschaft, der Wirtschaft in unserem Land, unter die Arme greifen wollen.

Für mich ist das eine Gretchenfrage, die wir demnächst einmal zu behandeln haben. Letztlich werden sich dann unsere ganze Tätigkeit und unsere Politik der Kreditzusprache entsprechend ausgestalten.

Halten wir uns die letzten Tage vor Augen, und rufen wir uns eine Zahl in Erinnerung: Die USA haben die Welt im vergangenen Jahr mit 1500 Milliarden Dollar Passivkrediten beglückt. Daraus ersehen wir: Nicht nur in den Vereinigten Staaten, angesichts des Finanzhaushalts auch in Deutschland und in allen anderen europäischen Staaten, sondern weltweit – und damit auch in der Schweiz – wird die Hilfe an diese Staaten, Herr Bundesrat, nicht aus eigenen Mitteln und aus dem Erarbeiteten, sondern letztlich auf Pump geleistet. Das ist für mich, für uns und für all jene, welche die Hilfe empfangen, auch eine Gefahr.

Das bedeutet für mich, dass wir hier in einigen Dingen für eine Umkehr zu sorgen haben. So finde ich es – um nicht nur das Positive darzulegen, Herr Bundesrat – nicht unbedingt sehr vorteilhaft und im Interesse der Hilfeempfänger liegend, wenn wir die Schuhindustrie in Ungarn mit unseren finanziellen Mitteln unterstützen und ihr zu Exportmöglichkeiten verhelfen, wenn im Nachbarstaat ein ganzes Dorf, eine ganze Stadt und eine ganze Region unter dem Titel eines einzigen Schuhnamens – ich darf ihn wohl erwähnen, Bata – aus eigener Kraft dasselbe leisten können. Ich finde es auch falsch, wenn wir diese Industrien unterstützen, wenn wir in diesem Zusammenhang beispielsweise in industrialisierten Staaten gerade wegen dieser Hilfe Arbeitsplätze vernichten und die gleiche Industrie in Probleme hineinstossen.

Ich teile die Meinung von Herrn Moser nicht. Es muss Fehler geben. Ich habe es gesagt: 1949 Tage sind verflossen, und in 1949 Tagen können weder Herr Fust noch seine Mitarbeiter, noch die Aussenstellen von Herrn Bundesrat Cotti – und noch viel weniger die anderen aus der privaten Wirtschaft – alle Probleme lösen. Aber, und das möchte ich festhalten, ob dieser kleinen Probleme dürfen wir den Blick in die Zukunft nicht vergessen.

Vor diesem Hintergrund sind wir aufgerufen, unseren positiven Beitrag gemäss Vorlage des Bundesrates zu leisten. Dann schaffen wir auch die Grundlagen für unsere gemeinsame wie sichere Zukunft.

Ziegler Jean (S, GE): Je suis celui qui n'était pas d'accord en commission avec cet arrêté, je l'ai dit. Les rapporteurs vous ont dit que la commission n'était pas unanime. Je suis en effet très critique face à cet arrêté et je voudrais recevoir ici trois assurances de la part de M. Cotti, conseiller fédéral.

Premièrement, je voudrais avoir, clairement et pour le procès-verbal de ce Conseil, l'assurance que le crédit-cadre de 4 milliards de francs pour l'aide aux pays du Sud restera intouchable non seulement dans cette législature, mais dans toutes les législatures à venir. Je ne doute ni de la sensibilité pour les pays du Sud de M. Fust, qui sera le dirigeant d'une division qui gèrera les deux crédits, ni bien sûr de la conviction personnelle de M. Cotti. Mais je vous le rappelle, des 5 milliards de personnes que nous sommes sur terre, 3,8 milliards vivent dans les 122 pays du Sud. Et c'est au Sud – en Afrique, en Asie, en Amérique centrale – qu'on meurt de faim, et non pas en Hongrie, à Varsovie ou à Moscou. La misère du monde est au Sud et notre engagement doit être totalement, non seulement prioritaire, mais intouchable.

Deuxièmement, je voudrais avoir l'assurance de la part du Conseil fédéral que l'ancienne Union soviétique, c'est-à-dire la Fédération de Russie, soit exclue du bénéfice de cet arrêté et donc des crédits-cadres qui vont avec. La Fédération de Russie est le premier pays producteur de pétrole, de gaz et d'or du monde: c'est un pays infiniment riche. De plus, pour l'instant, il est dirigé par des malfaiteurs qui conduisent une guerre atroce, coloniale contre des peuples musulmans.

Troisièmement, les pays de l'Est du monde excommuniste transfèrent en Suisse des milliards et des milliards de francs en toutes sortes de devises. Il y a un pillage économique extraordinaire qu'opèrent les anciens cadres de la nomenklatura communiste en Hongrie, à Varsovie, à Moscou bien sûr – là ils ont l'habitude –, et dans d'autres de ces pays, y compris en Albanie. Les réserves d'or de la banque de l'Ouzbékistan, par exemple, se trouvent à Zurich sur des comptes privés. Elles y sont arrivées via Chypre. Il est évident, et je ne suis pas naïf, que le Conseil fédéral ne peut pas lever tout seul le secret bancaire et arrêter la fuite des capitaux venant de l'Est, mais il pourrait nous donner l'assurance – et je lui demande de la donner – que là où il y a une demande d'entraide judiciaire venant d'un gouvernement de l'Est, qui est acceptée par l'Office fédéral de la police, l'arrêté ne devra pas être appliqué et on devra refuser toute aide.

Je remercie d'avance M. Cotti, conseiller fédéral, de me donner une réponse précise à ces trois questions.

Grendelmeier Verena (U, ZH): Zu Wesen und Bedeutung dieses Hilfsprogramms ist nun schon viel gesagt worden. Was eben von Herrn Ziegler Jean gesagt wurde, halte ich persönlich für gefährlich, auch wenn man unter den heutigen Voraussetzungen bestimmt darüber diskutieren muss, in welcher Art man sich mit Russland und dem ganzen riesigen Rest der Ex-Sowjetunion zu befassen hat. Aber ich halte seine Vorschläge oder seine Sicht der Dinge für nicht ungefährlich, und zwar für den Weltfrieden.

Eines ist sicher: Die Hoffnung, dass Selbstbestimmung der Völker automatisch zu einem friedlichen Europa führen würde, haben sich nicht erfüllt; ganz im Gegenteil. Mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Regimes sind auch die Spannungen wieder virulent geworden, die bis dahin ein Stück weit «unter dem Deckel» gehalten werden konnten. Der euphorisch verkündete, aber viel zu abrupte Wechsel zur Marktwirtschaft mit all den damit verbundenen Wunschträumen vom schnellen Geld entpuppte sich vorerst als sehr bittere Illusion. Wir hätten es aber wissen können: Zu gross waren die Altlasten, sowohl politisch wie wirtschaftlich, vor allem aber auch ökologisch; zu klein, und das möchte ich hier betonen, war unsere Rücksicht auf die betroffenen Menschen.

Völker und Staaten bestehen aus einzelnen Menschen mit ihren ureigensten Vergangenheiten und Lebensgeschichten,

die, wie auch immer, in jedem Fall einmalig sind. Darauf haben wir keine Rücksicht genommen. Diese Biographien kann man auch nicht ungeschehen machen, aber sie hindern unter anderem den schnellen Wechsel zu einem neuen System. Jeder hat nur ein Leben, er kann es nicht wiederholen, und darauf haben wir keine Rücksicht genommen. Das trifft für den einzelnen Menschen ebenso zu wie für die Entwicklung eines gesamten Volkes mit dem daraus erwachsenen Selbstverständnis.

Was wir im Westen aber daraus gewonnen haben sollten, ist wohl die Erkenntnis, dass es sich bei diesen Hilfeleistungen und beim neuen Bundesbeschluss, über die wir heute diskutieren, nicht um eine kurzfristige Starthilfe handeln kann, sondern dass es sich um eine sehr wohlüberlegte, wohldosierte, vor allem aber um eine langfristige Unterstützung dieser Länder handeln sollte.

Das ist durchaus in unserem höchstgelegenen Interesse. Kann es uns doch nicht gleichgültig sein, ob sich die Situation im Osten stabilisiert oder ob wir allenfalls, was Gott verhüten möge, mit weiteren Kriegen zu rechnen haben. Die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten muss also zu einem integrierenden Bestandteil unserer Aussenpolitik werden. Die Aussenpolitik ihrerseits soll endlich auch ein ebenso integrierender Bestandteil unserer Innenpolitik werden. Das ist für uns ja entsetzlich neu und macht so vielen Angst.

Der vorliegende Bundesbeschluss scheint der LdU/EVP-Fraktion geeignet, um die – bisher, zwischen 1989 und 1992, sporadisch bewilligten – Rahmenkredite in eine umfassende Unterstützung nach dem Vorbild der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe überzuführen.

Nun wissen wir aber gerade aus dieser Erfahrung mit der sogenannten Entwicklungshilfe, wie schwierig helfen an und für sich ist, wie viele Rückschläge, Fehlplanungen, ja sogar Missbräuche es da zu verkräften gibt. Aber wir haben möglicherweise auch die Erkenntnis, dass wir immer wieder dem Machtanspruch, welcher dem Helfenden in die Quere kommen kann, erliegen können oder aber ziemlich ungeniert egoistischen Tendenzen nachgeben – etwa nach dem Motto: Hilfe hat zuerst dem Helfenden zu nützen anstatt demjenigen, der sie nötig hätte.

Ein Entwicklungsprojekt – das ist dieser Beschluss – soll nicht in erster Linie der Entwicklung der eigenen Wirtschaft dienen. Ich habe das an dieser Stelle in anderem Zusammenhang schon öfter gesagt. Die Wirtschaft kann auch davon profitieren, aber das darf nicht der Zweck sein. Das wäre eine verheerend kurzfristige Politik. Der Beschluss gibt uns jetzt die Möglichkeit, längerfristig zu planen und auch zielgerichteter vorzugehen, aber – das möchte ich vor allen Dingen den Skeptikern sagen, die es hier auch gibt –: Helfen schliesst Fehler ein. Fehler machen ist ein Teil eines Hilfsprogramms, denn wir wissen nie ganz genau, wie sich die Bedürfnisse in einem Lande entwickeln. Es gibt keine Hilfe ohne Fehler, ohne Irrtümer, die auf einer Fehlbeurteilung beruhen und entweder zu gar keinem Resultat führen oder gar zum Gegenteil dessen, was man ursprünglich wollte. Das sind Fakten, und damit müssen wir leben.

Wir kennen solche Enttäuschungen aus der sogenannten Entwicklungshilfe mit den sogenannten Entwicklungsländern. Das darf aber keinesfalls als Ausrede dafür dienen, weniger oder gar nichts zu unternehmen. Auch diese Haltung, eine Art Trotzhaltung des beleidigten Helfers, wäre eine verheerend kurzfristige Politik, die letztlich auf uns zurückfallen würde. Solidarität also mit Ländern, die im Aufbruch sind und ihren Platz in einer demokratischen Gesellschaft suchen, könnte durchaus ein Teil unserer Sicherheitspolitik sein. Zum Schluss sei ein Beispiel erwähnt, wie eine solche sicherheitspolitische Massnahme wirken könnte: Weite Teile Russlands sind zum Beispiel chemisch und nuklear verseucht. Die Vernichtung dieser gefährlichen Stoffe ist aber für diese Regionen nicht möglich, da sie ein Mehrfaches kostet als die seinerzeitige Herstellung. Die Gefahr liegt nun auf der Hand, abgesehen vom mafiosen Handel, dass man wegen dieser Verseuchung die Leute zwingt, wegzuziehen, weil sie keine wirtschaftliche Grundlage mehr haben. Dass sie dann nicht in den Osten ziehen, wo es noch schlechtergeht, sondern möglicherweise zu

uns in den Westen, können Sie sich selber vorstellen. Das kann nicht unser Ziel sein.

Also: Entwicklungshilfe in diesem Sinn kann auch Sicherheitspolitik der Schweiz sein.

Maitre Jean-Philippe (C, GE): Jusqu'à un passé relativement récent, le monde bipolaire que nous connaissions, formé de l'antagonisme de deux blocs aux conceptions politiques diamétralement opposées, nous permettait de vivre dans une impression paradoxale de relative stabilité. Cette situation convenait assez bien et était apparemment sécurisante pour notre pays qui, comme neutre, pouvait pratiquer, au-delà de certains discours, en réalité l'art de la neutralité passive. Cette situation a d'ailleurs été, à mes yeux, un oreiller de paresse pour notre politique étrangère parce qu'elle a retardé notre apprentissage de la complexité, du multipolaire, du multilatéral. On a cru que l'on pouvait vivre ainsi pour des siècles à l'écart de l'ONU, de l'Union européenne, qui sont par définition des cercles où l'on pratique la coopération multilatérale, et la Suisse s'est ainsi pendant trop longtemps donné l'impression que la seule nostalgie d'un monde bipolaire pouvait tenir lieu de politique.

La pulvérisation du bloc de l'Est a fait naître de fantastiques espoirs, espoirs justifiés, mais elle a aussi nourri de redoutables illusions, en particulier celle que les bouleversements allaient entraîner des situations politiques nouvelles – notamment au regard des droits de l'homme – susceptibles d'intervenir dans un délai très rapide. Et d'une région cyniquement stable d'avant la chute du mur de Berlin, s'agissant de l'Europe centrale et de l'Europe de l'Est, on est passé à une région instable, où l'on voit bien que les foyers de tensions se multiplient.

Il serait dangereux de croire que l'Europe de l'Est a atteint une situation de non-retour. Il suffit de constater ce qui se passe en termes de désorganisation, de mafia, de misère. Et lorsque la faim et la corruption sont présentes dans certains pays, les démons du totalitarisme ne sont peut-être pas si loin qu'on l'imagine.

Dans ce contexte-là, l'arrêté fédéral qui nous est soumis est nécessaire; c'est une base légale justifiée, qui donne un cadre et une structure dans la durée. C'est dans ce contexte assurément un aspect important de notre politique de sécurité. Dans cette période de reconstruction de cette partie de l'Europe, il faut de la patience. La désorganisation qui a suivi la pulvérisation du bloc de l'Est a fait que de très nombreux contacts ont tout simplement été perdus, qu'il faut les renouer, qu'il faut chercher de nouvelles garanties, formuler aussi souvent de nouvelles exigences.

J'en viens, Monsieur le Conseiller fédéral, à un point concret qui concerne d'ailleurs davantage le département de M. Delamuraz que le vôtre: je souhaite que l'on puisse faire preuve de plus de souplesse et d'esprit d'ouverture pour mobiliser chez nous des forces qui sont disponibles pour accompagner un certain nombre de programmes de reconstruction en Europe de l'Est. Nous avons dans notre pays, hélas, de nombreux chômeurs qui ont des qualifications techniques disponibles, parfaitement précieuses. Ces qualifications seront perdues si elles ne sont pas correctement utilisées. Or, nous savons que chez nous, dans un certain nombre de secteurs professionnels, le marché de l'emploi ne permet pas d'envisager des embauches nouvelles à brefs délais. Pourquoi dès lors ne pas résolument favoriser des programmes, par exemple des programmes d'emplois temporaires bien structurés, susceptibles de s'engager dans des actions qui s'inscrivent elles-mêmes dans le droit fil des programmes de coopération avec l'Europe de l'Est? Nous savons que l'évaluation qui avait été faite à propos du projet bernois est maintenant terminée, et l'on va pouvoir avancer, mais nous souhaitons que l'on avance de manière résolument offensive et volontaire dans ce domaine. Or, force est d'admettre qu'il y a quelques dogmes de la législation sur le chômage qui méritent d'être assouplis. La fameuse aptitude au placement, qui implique contrôle, n'est pas nécessairement compatible avec une absence du pays pour plusieurs mois.

Voilà ce que je souhaitais indiquer, Monsieur le Conseiller fédéral, en soutenant résolument cet arrêté fédéral qui constitue

une base légale nécessaire, dont nous avons besoin pour inscrire une action dans la durée. Et, dans ce contexte, il est à mon avis nécessaire aussi d'utiliser pleinement les forces qui sont disponibles dans notre pays pour conduire un certain nombre de programmes.

Pini Massimo (R, TI): Due minuti di tempo come ieri. Sono l'unico a indirizzarmi a lei nella lingua materna italiana. Non siamo ancora trafitti da un raggio di sole, ma siamo quasi nella cabina telefonica. Voterò il suo messaggio, consiglieri, perché si tratta di un sostegno di base giuridica necessario per quanto concerne l'impostazione dei crediti che noi avremo da definire nel prossimo pacchetto di programma che abbiamo già annunciato.

Onorevole signor consigliere federale, lei sa che due sono stati fatti, manca il terzo. Però un consiglio pratico, molto pratico: bisogna indicare il circuito, dove comincia e dove finisce l'apporto finanziario, non tanto per noi, quanto per coloro che hanno la pazienza di leggere il messaggio in francese o in tedesco. Onorevole signor consigliere federale, io sono particolarmente lieto in questi due minuti di dire che il mio gruppo il 24 febbraio fissava dei principi di politica estera del Partito radicale democratico svizzero che prevedono un sostegno, una funzione di direzione accentuata non solo nel Consiglio d'Europa, nella linea che, «faticosamente», stiamo intraprendendo, ma anche di questo Parlamento e di questa autorità federale. Si afferma in modo particolare, il sostegno permanente del processo di riforma politica ed economica negli ex Stati comunisti dell'Europa centrale o dell'est, fra l'altro grazie pure alla loro partecipazione all'integrazione dell'Europa occidentale. Lo stesso discorso, e concludo, onorevole signor consigliere federale, lo si deve affrontare domani, quando si parlerà di collaborazione transfrontaliera fra cantoni e cantoni. Abbiamo un esempio nel nostro Cantone Ticino, la «Regio insubrica», abbiamo degli esempi nelle regioni di Basilea, di Ginevra; in tutti i cantoni frontalieri ci sono praticamente dei rapporti che vanno al di là della frontiera nazionale.

Per questo approfitto di questo dibattito dicendo:

1. Sì al messaggio, che giuridicamente è una base legale che non possiamo non avere;
2. vanno benissimo i principi di politica estera; l'onorevole Mühlemann parlerà dopo di me per quanto concerne la posizione del Partito radicale democratico svizzero;
3. va benissimo il messaggio sulla cooperazione transfrontaliera con cui io sono d'accordo.

Ricordo qui, onorevole signor consigliere federale, che una parola in lingua italiana, anche lei, prima di essere trafitto da un raggio di sole come il sottoscritto, la può anche dire, perché io l'ascolterò come sempre non solo con grande gioia, ma con grande interesse.

Mühlemann Ernst (R, TG): Wir besprechen einen Beschluss, der vernünftig ist und der dem Bundesrat die nötige Freiheit gibt, um die Mittel- und Osteuropahilfe sinnvoll weiterzuführen.

Es besteht überhaupt kein Zweifel, dass die Ausführung in eine sehr schwierige, krisenhafte Phase fällt. Lange haben wir geglaubt, der Reformweg im Osten würde mit Sicherheit zu Staaten führen, die Menschenrechte respektieren, Demokratie einführen und den Weg zur Marktwirtschaft antreten.

Was wir heute mit dem Tschetschenien-Konflikt erleben, ist leider ein bitterer Rückfall in Zeiten früherer totalitärer Systeme. Wir können nicht hinnehmen, dass Menschenrechte mit massiven Bombardierungen gegen die Zivilbevölkerung verletzt werden; wir dürfen nicht akzeptieren, dass in Russland ein frei gewähltes Parlament von den Machthabern völlig übergangen wird.

Der Europarat hat diese Verstösse in seiner Stellungnahme klar abgelehnt, aber gleichzeitig in einer Doppelstrategie gefordert, dass man mit den Reformkräften in den sicheren politischen Inseln in Kontakt bleiben müsse, um den Weg, trotz Rückschlag, weiterzugehen. Die Sicherheit Europas hängt von der Reform ab, die auf den kommunistischen Trümmerfeldern stattfindet.

Hier haben auch wir unsere Aufgabe zu erfüllen. Aber selbstverständlich müssen wir das zielgerichteter tun, als das bis anhin geschehen ist. Wir haben mit viel Enthusiasmus, manchmal auch etwas zufällig, Aktionen unternommen, die nun gebündelt werden müssen, die eindeutig unter eine politische Zielsetzung gestellt werden sollten. Wir haben 1996 die Chance, dank der Führung in der OSZE, unsere Schwergewichte zu bilden, und diesen Zielen haben sich auch die humanitäre Hilfe und die Entwicklungszusammenarbeit in Mittel- und Osteuropa anzupassen. Schwerpunktbildung ist notwendig. Wir können nicht alles tun; es geht nicht um Quantität, es geht um die Qualität unserer Produkte.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir in der OSZE arbeiten, ohne primär etwa an die Sicherheit im Kaukasus zu denken. Wenn wir nicht wollen, dass das Pulverfass Kaukasus explodiert, müssen wir die Staaten stützen, die dort noch Sicherheit garantieren. Wir können, als kleines Land, wiederum nicht alle diese Staaten stützen. Wir müssen eine sinnvolle Arbeitsteilung suchen. Irgend jemand muss sich mit Aserbaidschan beschäftigen, irgendein anderes Land mit Armenien.

Für uns liegt naturgemäss Georgien im Mittelpunkt. Wir haben mit dem ehemaligen Staatssekretär Brunner in den Verhandlungen zwischen Abchasien und Georgien eine diplomatische Aktivität erfolgreich begonnen. Hier gilt es Unterstützung zu liefern. Das Land Georgien ist durch infrastrukturelle Ausfälle total gelähmt. Die Wasserversorgung ist ausgefallen, die Elektrizitätsversorgung funktioniert nicht mehr usw. Hier kann man in der Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll tätig sein.

Es ist auch nicht einzusehen, warum wir in den relativ geordneten Staaten Osteuropas die Reform der Polizei und der Justizapparate vornehmen. Wir müssen sie vielmehr dort vornehmen, wo rivalisierende Banden – in Georgien – das Leben lahmlegen. Dort haben wir sinnvolle Möglichkeiten. Vielleicht müssen wir sogar dazu beitragen, dass Georgien nach unserem Muster eine eigene Milizarmee ohne russische Beihilfe aufbauen kann. In dieser Weise muss die Hilfe, die wir hier anbieten, den politischen Zielsetzungen folgen.

Dasselbe gilt etwa für Moldawien. Die Waffenstillstandsbemühungen in Moldawien sind erfolgreich. Wir müssen jetzt zum Friedensschluss kommen. Das bedingt aber eine Unterstützung der Moldawischen Republik und auch der Dnjestr-Republik im Infrastrukturbereich. In Moldawien droht die Cholera auszubrechen; wir haben dort mit medizinischer Hilfe einzusetzen und nicht nach den Wünschen irgendwelcher zufälliger schweizerischer Staatsbürger zu verfahren, die möglicherweise auch noch Sonderinteressen haben. Diese Hilfe hat sich sekundär an die Primäraufgabe der Politik anzugliedern.

Dasselbe gilt – wenn ich abschweifen darf – auch für Ex-Jugoslawien. Dort haben wir uns um Albanien zu bemühen. Wenn Albanien umfällt, ist der Weg über Kosovo nach der Adria für die serbischen Aggressoren frei. Unsere politische Zielsetzung muss dahin gehen, Kosovo nicht zu einem Bosnien werden zu lassen. Sekundär dazu kann Entwicklungszusammenarbeit helfen, das Ganze zu verstärken.

Ich möchte Sie sehr auf diesen Zusammenhang aufmerksam machen. Wir können nicht isoliert von diplomatischen Aktivitäten sprechen, parallel dazu irgendwelche humanitäre Hilfe applizieren und zufällig Entwicklungszusammenarbeit betreiben. Ich glaube, dass unser Aussenminister das sehr klar erkannt hat. Ich bitte, seine Schwergewichtsbildung anzuwenden, die er relativ hartnäckig verfolgt, die aber nicht immer honoriert wird, weil zufällig Diplomaten vielleicht anders engagiert sind. Aber wir haben hier die Zielsetzungen unseres Aussenministers zu unterstützen.

Ich bitte Sie daher, den Bundesbeschluss zu akzeptieren, aber nachher die Ausführung sehr sorgfältig weiterzuverfolgen, ob die Entwicklungszusammenarbeit schwerpunktmässig im Sinne von qualitativ hochstehenden Projekten stattfindet, die unter einer aussenpolitischen Zielsetzung stehen.

Berger Jean-Pierre (V, VD): Je souscris bien évidemment aux objectifs de l'arrêté et je vais me limiter à attirer votre attention uniquement sur un point du message qu'il me paraît important de souligner.

Notre action dans les pays de l'Est ne peut pas, bien évidemment, se limiter uniquement à l'aide économique. Notre action doit aussi contribuer à combler le déficit démocratique et social énorme dont souffrent la plupart des pays excommunistes. La réinvention d'une société implique non seulement le soutien à une économie de marché, mais doit aussi préserver un éclairage d'aspect humain et social. En un mot, notre action ne peut éviter de se référer aux aspirations de ces peuples pour une société de liberté, de bien-être social et de démocratie.

C'est pourquoi je forme le vœu que toute notre action économique soit accompagnée parallèlement d'une véritable coopération au niveau de la recherche et de la formation. Il nous faut éviter que nos programmes d'aides, d'échanges et de soutien économique fassent abstraction de l'ensemble des problèmes que posent des sociétés en complète mutation. Un renforcement de nos relations entre nos universités, entre nos instituts de recherche, tant au niveau des sciences exactes que des sciences sociales, devrait être considéré comme un accompagnement indispensable, voire même fondamental, pour assurer le succès de nos démarches et éviter peut-être de nouvelles dérives!

Cet aspect de la coopération avec les pays de l'Est est une aspiration manifestée de la part de ces pays. C'est un besoin que l'on ne peut pas ignorer, et je cite à cet égard un spécialiste polonais, le professeur Kubiak: «Le défi de la transition du régime communiste à la démocratie implique trois missions particulières, c'est-à-dire: 1. aider et remplacer la réaction simple, directe, intuitive et irréfléchie de l'homme par la critique et l'invention, par des efforts dans le domaine de l'acquisition de la connaissance et dans celui du savoir scientifique; 2. veiller à ce que la transition vers l'économie de marché et la construction d'une société basée sur ces principes ne s'effectue pas au détriment des droits et des besoins sociaux de la population; 3. finalement, réaliser l'éclairage nécessaire à la création d'une culture civique et à la mise en place de mécanismes garantissant des méthodes de gouvernement démocratique.»

Puissions-nous, conjointement aux objectifs fixés par cet arrêté fédéral, ne pas négliger ce double aspect indissociable de notre action, à savoir notre participation à la promotion de l'économie de marché, mais aussi à l'établissement d'une démocratie accompagnée de structures sociales et institutionnelles par une politique de recherche et d'échange avec l'Occident.

C'est ce que vise cet arrêté proposé et amendé par votre commission dans son article 1er. J'y souscris entièrement et je souhaite que vous en fassiez de même.

Bäumlin Ursula (S, BE), Berichterstatterin: Ich habe in meinem Eintretensvotum versprochen, dass ich darauf achten würde, ob in der Eintretensdebatte noch neue Aspekte auftreten. Ich habe keine neuen Aspekte gehört, nicht einmal von meinem Kollegen Ziegler Jean. Er hat seine Bedenken tatsächlich bereits in der Kommission angebracht, aber er hat damals keinen Antrag gestellt. Ich denke, dass Bundesrat Cotti ihm auf seine Fragen und Wünsche antworten wird. Auf andere Schwerpunkte, die im Laufe der lebendigen Diskussion aufgetaucht sind, werden wir im Rahmen der Detailberatung noch eingehen können.

Aubry Geneviève (R, BE), rapporteur: Je voudrais simplement relever une chose dans ce débat. On a parlé à l'unanimité de cibler les programmes, de les concentrer et de la nécessité d'être réaliste. Je crois que l'administration doit prendre note de la volonté des parlementaires d'une plus grande concentration, d'une distinction dans les programmes et d'une évaluation.

Je me fais le porte-parole des groupes qui ont tous repris ces termes: concentrer, cibler, évaluer.

Cotti Flavio, conseiller fédéral: Lorsque le Parlement a voté ces dernières années deux crédits de programme de 1,65 milliard de francs, il faisait cela en s'adaptant rapidement aux exigences nées des bouleversements de la fin des années quatre-vingt en Europe de l'Est. Cette attitude de réaction ra-

pide de la part du Parlement a été un facteur de sensibilité de la Suisse envers les grands mouvements historiques qui se sont développés à l'Est de notre pays.

Le Parlement se rendait compte alors qu'il n'aurait pas pu immédiatement faire entrer dans un cadre législatif les programmes de longue haleine qui découlaient de la somme votée. Cependant, le Conseil fédéral s'était engagé à présenter au Parlement, dans des délais raisonnables, un arrêté qui permette de faire entrer l'aide aux pays de l'Est dans des finalités plus précises et plus détaillées, ainsi que dans un cadre de contrôle meilleur par rapport à ce qui pouvait se faire au début, dans la hâte du commencement.

Nous voilà donc à discuter un arrêté fédéral qui, justement, essaie de donner à cette aide aux pays de l'Est un cadre politique plus cohérent, et qui permette d'atteindre les buts que nous nous étions fixés dès le début. Je constate qu'il n'y a pas eu d'objections essentielles à l'arrêté fédéral proposé.

Nous aurons quelques propositions de détail à discuter qui ne paraissent pas, à première vue, primordiales au Conseil fédéral. Mais il y a eu toute une série d'observations et de questions auxquelles j'essaierai maintenant de donner réponse, en commençant par l'observation de M^{me} Nabholz, selon laquelle l'aide aux pays de l'Est n'est naturellement pas du tout comparable à l'aide aux pays en voie de développement. M^{me} Nabholz a tout à fait raison: les finalités des deux orientations sont d'ailleurs différentes, et leur durée peut également se présenter de manière différenciée, de sorte que l'arrêté qui vous est soumis n'aura qu'une durée de dix ans. Nous souhaitons, notamment pour certains pays de l'Europe de l'Est, que l'on puisse même conclure cette aide directe bien avant la fin de cette période de dix ans.

Je partage donc tout à fait l'avis que ce sont deux choses totalement différentes. Si nous avons réuni sous le même toit administratif les deux secteurs, ce n'est pas pour ne pas tenir compte des différences essentielles des finalités, mais plutôt pour utiliser les synergies qui existent dans la manière d'aborder des projets. Cette façon d'être confronté avec des projets spécifiques est tout à fait identique, et il fallait tenir compte d'une expérience de plusieurs décennies à traiter des projets concrets de la manière la plus efficace possible.

Deuxième observation. M^{me} Bär a fait la constatation suivante à propos des pays de l'Europe de l'Est: elle disait qu'elle se trouve dans un «Zustand, wo alles möglich ist und nichts sicher». M. Eggly ajoutait, en même temps, que ce serait une erreur historique de couper les ponts à cause d'une situation aussi incertaine. Je partage tout à fait les deux avis.

Lorsqu'on me demande quelle sera l'évolution probable en Europe de l'Est – prenons le cas qui a souvent été cité, celui de la Russie –, je peux affirmer que vraiment personne ne serait à même de faire une prévision, même pour les prochains mois. La situation est d'une labilité totale. Mais en même temps, il serait absolument irraisonnable de ne pas vouloir tenir compte dans cette aide aux pays de l'Est de cette situation incertaine. En 1989, lorsque le communisme s'est écroulé, tous savaient – et plusieurs d'entre nous l'ont dit – que le passage à un système démocratique, à un système d'économie libérale et de marché demanderait de nombreuses années. On savait en même temps que certains pays, ceux du Groupe de Visegrad qui jouissaient d'une ancienne tradition démocratique et d'économie de marché interrompue uniquement après la Deuxième Guerre mondiale, reprendraient la route plus rapidement, et que d'autres pays qui – je reprends l'exemple de la Russie –, au contraire, n'avaient jamais connu quelque chose de comparable exigeraient de nombreuses années, sinon des décennies, pour se trouver complètement. Après cinq ans, nous sommes au milieu du passage. C'est un passage contradictoire qui exige toute une série de condamnations pour ce qui n'a pas encore été réalisé. Mais ce passage reste essentiel, Monsieur Eggly, pour reprendre votre mot, du point de vue de l'évolution qui, si elle réussit, aura alors vraiment un caractère historique. Voilà la raison pour laquelle je dirai qu'il faut tenir compte de toute une série d'exigences et de conditionnalités. Mais on ne peut pas en même temps, simplement en fonction d'un fait que l'on condamne sans réserve, arrêter une

aide qui d'ailleurs, disons-le clairement, est d'une modestie absolue. Cet arrêt n'aurait aucune conséquence pratique.

Pour conclure sur ce sujet, je tiens tout de même encore à indiquer que nous ne pouvons pas oublier que, même dans une situation à laquelle tout le monde reconnaît le caractère de conflit interne, malgré des violations graves des droits de l'homme, la Russie a consenti à ce que l'OSCE envoie deux délégations. La dernière, conduite par un suisse, est rentrée ces jours-ci et elle va présenter son rapport demain. Il y a d'autres pays sur ce continent, liés depuis longtemps à nos institutions occidentales, qui ne permettent pas l'envoi de délégations semblables.

Je me permets aussi de rappeler que les critiques occidentales envers l'attitude grave de la Russie sont les mêmes que des journaux et une presse libre font à l'intérieur du pays. Si nous pensons à ce qui se passait il y a dix ans, nous devons tout de même reconnaître que le passage est en cours et que quelques progrès ont été réalisés. De cette manière, j'ai répondu à l'intervention de M. Ziegler Jean qui voulait une interruption brutale de ces aides. J'en viens à un troisième point qui a été souligné par les deux rapporteurs et, en même temps, par pratiquement tous les intervenants. Il s'agit de l'établissement de priorités qui soient effectivement des priorités.

J'ai ici les pays destinataires de nos aides et je constate qu'il serait difficile d'y dégager des priorités, sinon pour les pays du Groupe de Visegrad à propos desquels je disais que de plus en plus on sera porté à réduire l'aide.

Combien d'appels entendons-nous de ces pays qui nous disent: «Pas d'aide en chiffres de millions, mais des marchés ouverts», ce qui est effectivement leur nécessité aujourd'hui. M. Ruffy a signalé une priorité effective qui est faite pour l'Albanie.

Je partage absolument l'avis exprimé ici par MM. Columberg, Zbinden et Oehler. Il faut établir davantage de priorités de concentration géographique et, même, de concentration par secteur. C'est ce que nous ferons.

Je pense que le conseil donné par M. Mühlemann dans le sens de lier aussi ces priorités à nos engagements politiques – naturellement l'OSCE, qui nous donnera de grandes responsabilités prochainement, représente une priorité des priorités – méritera d'être suivi et nous allons transmettre au secteur intéressé ce vœu unanime du Parlement qui est aussi celui du Conseil fédéral.

Un quatrième élément a été signalé par plusieurs d'entre vous, à savoir les moyens à mettre à disposition.

M^{me} Bär, ainsi que MM. Zbinden et Ziegler, ont demandé que l'aide ne diminue pas ces prochaines années. Permettez-moi de vous répondre qu'il vous appartiendra, dans votre souveraineté budgétaire, de fixer les moyens mis à disposition pour ce secteur. Je reste d'avis que c'est essentiel et que toute diminution hâtive des moyens mis à sa disposition serait objectivement une grave erreur pour l'évolution de l'ensemble du pays. M^{me} Bär a encore touché le problème concernant certains projets et leur compatibilité avec le secteur de l'environnement. La phrase que vous avez indiquée, Madame, a été utilisée par le chef du secteur concerné de l'Ofep, donc de la protection de l'environnement. Ce secteur est étroitement lié à l'élaboration des projets auxquels vous avez fait allusion. Nous devons nous efforcer d'améliorer encore la qualité écologique de ces projets, mais l'effort est déjà fait maintenant.

Il y a encore une question qui a été posée, en particulier par M. Maître qui donnait un exemple intéressant: pourquoi ne pas combiner davantage certaines exigences, qui seraient présentes dans notre pays, et les appliquer à l'aide aux pays destinataires de nos efforts? Je peux signaler que, il y a quelques mois, nous avons établi avec la Ville de Berne un premier essai très discuté, et discutable d'ailleurs, mais important d'aide aux pays de l'Est fondé sur une certaine participation de chômeurs de notre pays. Il y a des questions qui peuvent être encore améliorées, mais le principe en soi mérite certainement d'être accepté.

Je viens, finalement, à une dernière question qui a été posée par plusieurs d'entre vous et qui concerne les moyens financiers qui proviennent d'une évolution économique très désordonnée de sorte que quelques rares spécimens de citoyens

de certains pays de l'Est s'enrichissent de manière démesurée et pourraient aussi mettre en discussion notre système financier qui serait soumis à des exigences de contrôle supplémentaires.

Les moyens légaux et les moyens établis par des conventions à l'intérieur du système doivent aussi être en vigueur pour ces dangers potentiels ou effectifs. Nous croyons d'ailleurs que ces moyens sont mis en exécution par les autorités judiciaires, le cas échéant, et par les acteurs de notre système financier dans le cadre de leurs conventions internes.

Je pense ainsi avoir répondu, bien que de manière sommaire, aux différentes questions principales qui ont été posées, et je remercie le Parlement de l'appui qu'il donne à l'arrêté fédéral.

Steffen Hans (D, ZH): Herr Bundesrat Cotti, ich habe Ihnen eine sehr konkrete Frage gestellt, nämlich ob in Tschetschenien gravierende oder weniger gravierende Menschenrechtsverletzungen stattfinden. Wie Sie auf diese Frage antworten, wird bei Artikel 3a entscheidend dafür sein, ob wir dem Antrag der Kommission oder dem Antrag Mauch Rolf zustimmen.

Cotti Flavio, Bundesrat: Herr Steffen vermittelt den Eindruck, als ob die Menschenrechtsverletzungen mittels einer Waage von hier aus gewogen werden und als gravierende mit einem grossen G oder kleinen g versehen werden könnten. Es gibt schwere Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien, die der Bundesrat von Beginn weg klar verurteilt hat.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr
La séance est levée à 13 h 00*

Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas

Coopération avec les Etats d'Europe de l'Est

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.083
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.03.1995 - 08:00
Date	
Data	
Seite	405-416
Page	
Pagina	
Ref. No	20 025 370

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.